No. 491. Donnerstag, den 26. September 1912.

Berliner Tageblatt.

2. Beiblatt. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Erster Kongreß für Städtewesen.

(Telegraphischer Bericht für das Berliner Tageblatt.)

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Ilr. Düsseldorf, 25. September.

Dr. Heinz Potthoff-Düsseldorf schließt: Der Bodenpreis ist nichts anderes als die Kapitalisierung der Bodenrente; wenn nun eine Steuer auf das Grundstück gelegt wird, so wird dadurch die Bodenrente herabgedrückt und damit auch der Preis des Grundes und Bodens. Deswegen ist es durchaus richtig und wird in der ernsten Wissenschaft auch nicht mehr angefochten, daß Steuern auf den reinen Bodenwert den Bodenpreis herabdrücken. Die geltende Reichswertzuwachssteuer hat leider gar nichts Bodenreformerisches an sich. (Sehr wahr!) Der Regierungsentwurf hatte einen ganz bescheidenen bodenreformerischen Einschlag, aber den hat der Reichstag gründlich beseitigt. Die Zuwachssteuer nur auf die Städte zu beschränken, wäre grundfalsch, denn auch auf dem platten Lande gibt es einen unverdienten Wertzuwachs. Wer nur die Steigerung der Güterpreise im Osten der Monarchie beobachtet hat, der kann nicht mehr leugnen, daß die preußische Polenpolitik und die deutsche Zollpolitik den Rittergutsbesitzern Milliarden über Milliarden in den Schoß geworfen haben. Wenn wir eine gute Zuwachssteuer hätten und sie durch geschickte Beamte — ich denke dabei beileibe nicht an die Landräte (Heiterkeit) — durchgeführt würde, so könnten die vielen Millionen, die die preußische Regierung in die Polenpolitik hineingesteckt hat, mit Leichtigkeit wieder hereingebracht werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Direktor der Rheinischen Straßenbahngesellschaft Schwab-Düsseldorf meint, daß es den Bodenreformern auch nicht mehr gelingen würde, das Volk zur Bodenständigkeit zu erziehen. Auf keinen Fall dürfte das bei den Arbeitern gelingen, denn die Arbeiter wollen nach dem Willen ihrer Organisation gar nicht mehr bodenständig sein, da sie dadurch ein ganz bedeutendes Kampfmittel aus der Hand geben würden.

Unter überaus starkem Interesse sprach Syndikus Dr. Wittenberg-Hamburg über

Vorortspolitik.

Der Vortragende wandte sich gegen die Auffassung Büchers, daß der selbständige Wirkungskreis der Städte nur „delegierte Staatsaufgaben" umfasse und trat für eine lebenspendende, eigener Initiative entspringende, Eigenart zeigende Arbeit der Kommune ein. Die allerdings auf das gesamte Staatsleben befruchtend zurückwirke. Jede Großstadt will und soll als soziale Kulturstätte angesprochen werden. Möglichst zeitig muß sie Rücksicht auf die künftige Entwickelung nehmen und auch die Vororte in ihr Kommunalprogramm einbeziehen. Der Redner zeigte die Wege einer richtigen und einer falschen Vorortspolitik, die in der Hauptsache Bodenpolitik sei und unter allen Umständen weitergehen müsse, als ein bloßer Zweckverband es gestattet.

Zu der Gruppe Städtebau sprach Professor O. Kloppel von der Technischen Hochschule in Danzig über

Baupolizei, Wohnungsfrage und Heimatschutz.

Der Vortragende meint, daß es am einfachsten wäre, durch baupolizeiliches Einschreiten und baupolizeiliche Verordnungen unser Wohnungswesen günstiger zu gestalten, doch ist hier eine Grenze gesteckt, weil man über eine gewisse Belastung der mittleren Schichten der Bevölkerung mit Ausgaben für die Wohnung nicht hinausgehen kann; denn jede Baubeschränkung, jede Einschränkung in der bebaubaren Fläche muß verteuernd auf die Wohnungen wirken. Um dem zu entgehen, müßte man eine wirkliche Baudichtigkeit für die ganze Stadt feststellen. Einzelne Abweichungen könnte man gestatten, doch müßten die betreffenden Baugrundbesitzer für die Erlaubnis stärkerer Ausnutzung des Bodens eine Abgabe zahlen. — In der Diskussion betonte der Vertreter des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Geheimer Oberregierungsrat Münchgesang, daß die Anschauungen des Vortragenden im allgemeinen mit denen der Staatsregierung sich deckten; nur wenn der Vortragende glaube, daß die Baubeschränkung verteuernd auf die Wohnungen wirke, übersehe er, daß der Bodenpreis von der Möglichkeit der Bebauung abhänge.

Die Gruppe Pflege der Wissenschaft, Kunst und Wohlfahrt in den Städten hörte einen Vortrag ihres Vorsitzenden, des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Lubarsch-Düsseldorf, über

Hochschulen als kommunale Einrichtungen.

Die Städte sind bereits im Mittelalter, als die Ritter und Mönche dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen waren, die Träger der Kultur gewesen. Nach einer Periode, in der man Wissenschaft und Kunst als Luxus betrachtete, sind wir jetzt zu der Erkenntnis gelangt, daß es sich hier um ein Bedürfnis handelt. Wir haben es also bei der Errichtung von Hochschulen durch die Kommunen mit einer gesunden Entwicklung und nicht mit dem Ausfluß eines krankhaften Ehrgeizes zu tun, denn die Gemeinden wollen die staatlichen Hochschulen, die vielfach nicht ausreichen, ergänzen und dem Bildungsbedürfnis weiter Kreise genügen. Es steht aus diesem Grunde nichts entgegen, daß die Kommunen Akademien errichten, an der nur einzelne Fakultäten, je nur eine einzige oder auch nur der Teil einer Fakultät existieren. Redner erörtert dann die Frage der Selbstverwaltung der kommunalen Hochschulen und ihrer Finanzierung, und er hofft, daß die kommunalen Hochschulen eine Zierde unserer Städte werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprach Bürgermeister Aßmann-Berlin-Pankow im Gegensatz zu den Ausführungen des Referenten die Wünsche aus, daß die kommunalen Hochschulen, namentlich die kommunalen Verwaltungshochschulen, die staatlichen Hochschulen nicht nur ergänzen, sondern vollständig ersetzen. — Stadtverordneter Reda-Altona kann sich nicht von der Notwendigkeit kommunaler Hochschulen überzeugen. Es fehle das Bedürfnis, außerdem mache eine kommunale Hochschule der staatlichen nur Konkurrenz. — Syndikus Dr. Wittenberg-Hamburg: Nur dann dürfen kommunale Hochschulen errichtet werden, wenn der Staat dem Bildungsbedürfnis nicht mehr genügen kann. Eine Kommune kann sich nicht die genügende Anzahl von Forschern sichern, weil ihr dazu meist die Mittel fehlen.

Magistratsrat Scheelhaase-Frankfurt am Main hielt in der Gruppe „Städtische Betriebe" einen Vortrag über

künstliche Grundwassererzeugung.

Die kolossale Steigerung des städtischen und industriellen Wasserbedarfs und die Unmöglichkeit, das immer mehr verschmutzte Flußwasser zu nehmen, macht es nötig, das Grundwasser durch unterirdische Wasserwirtschaft zu schonen und zu vermehren. Die Poren der Sande und Kiese dienen hierbei als Auffangbecken. Am wirksamsten kann unterirdische Wasserwirtschaft durch Einführung von Flußwasser in das Eingangsgebiet von Grundwassergewinnungsanlagen betrieben werden. In den Frankfurter Wasserwerken hat es sich bewährt, der Verschmutzung des Untergrundes durch vorhergehende künstliche Filtration vorzubeugen, eine ausgiebige Nachfiltration aber durch die mächtigen Sande des Untergrundes oberhalb des Grundwasserstandes zu erzielen. Hierbei vollzieht sich eine weitgehende Beseitigung der organischen Substanz, das Infiltrat mischt sich sodann allmählich mit dem natürlichen Grundwasser und fließt mit diesem der Brunnenreihe der 500 Meter entfernten Wasserschwimmungsstelle zu, wozu es drei volle Jahre gebraucht. Schon bei 150 Meter Entfernung von der Versickerungsstelle ist die krabbraune Färbung des Mainwassers und sein mooriger Geschmack verschwunden, die Temperatur ausgeglichen, die organische Substanz beseitigt, kurzum, das Infiltrat ist dem natürlichen Grundwasser ebenbürtig geworden. Dies weist der Redner nach durch Vorführung der während der vierjährigen Versuchszeit fortlaufend aufgetragenen Ergebnisse sowie von Wasserproben. Die Frage der künstlichen Grundwassererzeugung ist eine brennende geworden, weil nach dem Entwurf zum preußischen Wassergesetz in Zukunft bei übermäßiger Grundwasserentnahme eine Ersatzleistung auferlegt werden kann.

Dr.-Ing. Stübben-Berlin sprach in der Abteilung „Städtebau" über „Die Bauordnung und ihr Einfluß auf Bebauungsplan, Wohnungswesen und Grundbesitz". Auf heute mittag war weiter ein Vortrag des Lehrers Schäfer-Köln über Mittelschulpolitik angesetzt, dem Vortragenden war jedoch von seiner vorgesetzten Behörde der Urlaub verweigert worden, so daß der Vortrag erst auf den Abend angesetzt wurde. Ein Vortrag des Geh. Hofrats Professor Rhandt-Hannover über „Spielplätze und Volksgesundheit" wurde wegen der Verhinderung des Referenten vom Regierungsbaumeister Langen-Berlin verlesen. Der Vortrag betont den Wert der Leibesübungen in freier Luft und empfiehlt, daß in jeder Gemeinde öffentliche Spielplätze angelegt werden, die der ganzen Bevölkerung Gelegenheit zu Leibesübungen in freier Luft geben. An die Vorlesung schloß sich eine Debatte. Der Dezernent für Jugendpflege an der Düsseldorfer Regierung Graf Adelmar gab der Erwägung Ausdruck, ob es sich nicht empfehle, daß die Städte die freien Bauplätze als Spielplätze einrichteten. (Beifall. — Geh. Medizinalrat Lubarsch-Düsseldorf: Auch die Landesversicherungsanstalten könnten für die Errichtung von Spielplätzen tätig sein, da die Volksgesundheit dadurch in günstiger Weise beeinflußt werde. Man könnte mit geringeren Kosten durch die Anlage von Spielplätzen mehr für die Volksgesundheit erreichen als durch Heilstätten. (Beifall.)

Fräulein Dr. Marie Baum-Düsseldorf sprach sodann über kommunalen Mutter- und Säuglingsschutz. Mit der Zeit müssen, sagte Rednerin, die Einrichtungen von den Zufälligkeiten privaten Eingreifens gelöst und dadurch Gewährung rechtlicher Ansprüche als etwas Selbstverständliches in die Lebensbedingungen der Betroffenen eingefügt werden.

Frauenstimmrechtskongreß in München.

(Bericht für das Berliner Tageblatt.)

II.

A. P. München, 24. September.

Die gestrige öffentliche Abendversammlung in den schönen, festlich geschmückten Prinzensälen des Café Luitpold unter Vorsitz von Dr. Anita Augspurg gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Eröffnet wurde die zahlreich besuchte Versammlung mit der Absingung der Nationalhymne der Frauen, nach der Melodie „Deutschland, Deutschland über alles", in der es heißt:

Frei wer für die Volksgemeinschaft
Mühsal trägt und strebt und denkt,
Frei vor allem auch die Mutter,
Die dem Reich die Bürger schenkt.

Als erste Rednerin sprach Frau Martha Boß-Zietz-Lübeck über das außerordentlich aktuelle Thema:

„Die Lebensmittelteuerung."

Die Frauen werden noch so oft in die Küche verwiesen, nun wollen sie einmal in die Küche gehen, wo wirklich gekocht wird, in den Reichstag, wo die Gesetze gemacht werden. Die Lebensmittelpreise haben überall eine steigende Tendenz, aber in Deutschland herrscht geradezu Teuerung. Man betrachte nur den Unterschied der Fleischpreise in Baden und der Schweiz, die Kornpreise in Berlin und auf dem Weltmarkt. Unsere Politik nimmt nur die Interessen einer Klasse, die Interessen von 25 000 Großgrundbesitzern wahr. Die Ausfuhrscheine, die uns jährlich 60 Millionen Mark kosten und es ermöglichen, daß der russische Bauer sein Vieh mit deutschem Roggen füttert, während des deutschen Arbeiters Brot immer kleiner und teurer wird, können uns darüber belehren. Eine Reichszählung hat bei 852 Familien ergab, daß 52 Prozent der Einnahme für Nahrungsmittel bei den Arbeitern ausgegeben werden, 36,8 Prozent beim kleinen Mittelstand, der etwas mehr Wohnungskomfort beansprucht. 1905 gab eine achtköpfige Familie bei einem Gesamteinkommen von 1538,81 Mark für Nahrungs- und Genußmittel durchschnittlich 714,52 Mark aus, das heißt pro Tag und Kopf 39,2 Pfennig. Einige wenige gaben 53 Pfennig pro Tag aus, und nur 10 Prozent 79 Pfennig. Durch die Zölle sind die Genußmittel des Arbeiters, wie Kaffee usw. auch noch verteuert worden. Wenn wir die Teuerung der Lebensmittel so gestiegen sehen, daß seit 1905 ein Ei 2 bis 3 Pfennig, ein Liter Milch 2 bis 4 Pfennig teurer wurde, ein Kilogramm Rindfleisch in letzter Zeit um 25 Pfennig, Kalbfleisch um 15 Pfennig, Schweinefleisch um 20 Pfennig gestiegen ist, so muß sich das mütterliche Gefühl der Frau empören. Wie soll jetzt eine Familie, die mit 39,2 Pfennig pro Kopf täglich die Nahrung bestreiten muß, ihre Kinder ernähren? Die Folgen dieser anormalen Teuerung sind Unterernährung, Zunahme der Militäruntauglichkeit, hohe Kindersterblichkeit und Abnahme der Geburten. Wie sehr die Ernährung die Kindersterblichkeit beeinflußt, zeigt die Sterblichkeitsziffer der Kinder in Berlin. Der Westen der Stadt hat nur 5,02 Prozent, der vom Norden dagegen 42 Prozent Sterblichkeit aufzuweisen.

Wir leben in einem Chaos.

Unsere Wirtschaftspolitik, die zum Nutzen einer bevorzugten Volksklasse getrieben wird, während die Not des Volkes ignoriert und die Teuerung von der Regierung geleugnet wird, führt in einen Sumpf. Die Männerpolitik hat hier vollständig versagt. Die kleinen Maßnahmen der Kommunen, wie Fischverkauf, Einführung von Gefrierfleisch, eigene Schweinezucht, können auch auf die Dauer nicht helfen, wir müssen zu ganz anderen Zuständen gelangen. Darum fordern die Frauen das Stimmrecht, sie wollen in diesen Dingen, die das Wohl der Familie so nahe angehen, mitreden. Sie müssen das Stimmrecht erhalten, um ihre Haushaltserfahrungen auf den Haushalt der Gemeinde und des Staates zu übertragen. Hier sind Gebiete, die die Frauen besser verstehen, und in deren Wahrnehmung die Männer gescheitert sind. Die Frauen müssen das Interesse der Küche und Kinderstube wahrnehmen, das ist ihr Recht und ihre Verpflichtung. Mit diesem Pflichtgefühl heraus muß die Frau in den politischen Kampf hinein. Erst wenn er bestanden ist, kann sie wieder ihrer friedebringenden Eigenart, ihrer aufbauenden Arbeit leben. Nicht gegen die Männer, mit den Männern soll sie diesen Kampf führen, gegen die materielle Not, damit wieder Raum werde für die großen Kulturaufgaben unseres Volkes. Die Kraft dazu muß geschöpft werden an der rechten Quelle, der Mütterlichkeit der Frau. (Starker, langanhaltender Beifall.)

An den Vortrag schloß sich eine angeregte Diskussion, die sich besonders um die von einem Anonymus schriftlich aufgeworfene Frage drehte: „Was würden die Frauen zur Abstellung der Teuerung tun, wenn sie das Stimmrecht bereits besäßen?"

Kr. Krelling leugnet nicht, daß die deutsche Wirtschaftspolitik schlecht ist, aber sie ist nicht deshalb schlecht, weil sie von Männern gemacht wird, sondern weil sie Interessenpolitik ist. Auch die Frauen wenn sie jetzt das Stimmrecht hätten, würden sich wahrscheinlich den Parteiinteressen unterordnen und die Zustände nicht viel ändern. Diese Zustände resultieren aus der Rechtlosigkeit des Volkes. Die fortschrittlich gesinnten Männer können aber nur die Frauen als Mitkämpferinnen begrüßen und ihnen das Stimmrecht wünschen. Doch wird dann erst der harte Kampf um die Macht ausgefochten werden müssen, ehe wir zu besseren Zuständen gelangen.

Nachdem ein Herr den kleinen und mittleren Bauer gegen die den Agrariern gemachten Vorwürfe in Schutz genommen und gegen die Oeffnung der Grenzen polemisiert hatte, erzielte Herr Dr. Hartlingberg einen unbeabsichtigten Heiterkeitserfolg durch den Vorschlag, den Frauen ein beschränktes Wahlrecht zu geben, und zwar nur den wirtschaftlich selbständigen Frauen und den Ehefrauen, mit der Bedingung für die letzteren, ihr Wahlrecht durch ihren Ehemann ausüben zu lassen. — Frau Perlen-Stuttgart rief die Geistlichen aller Konfessionen auf, gegen die Teuerung ihren Einfluß geltend zu machen. Frau Nägeli beantwortet die Frage dahin: „Die Frauen würden jedes Mittel ergreifen, um den Uebelständen abzuhelfen. Steigerung der Produktion, Aufhebung der Fideikommisse, Abschaffung der Ausfuhrscheine, kommunale Einrichtungen wären solche Mittel, denen sich eine bessere Ausbildung der Landwirtinnen und Ausbildung der Frau für ihren Hausfrauen- und Mutterberuf anschließen müsse. Frau Boß-Zietz betonte in ihrem Schlußwort, daß sie sich nicht gegen die Bauern, die ja schließlich auch unter den Zöllen leiden, wende, sondern gegen die Bevorzugung der Großgrundbesitzer. Das sei ja eben der Beweis für die Fehlerhaftigkeit dieser Politik, daß sie der Landwirtschaft keinen dauernden Nutzen, vielmehr durch Emportreiben der Bodenpreise Schaden bringe. Vom Einfluß der offiziellen Kirchen erwartet Frau Boß-Zietz nichts, wohl aber von der alle Klassen durchdringenden sozialen Gesinnung der Frau.

Frau Dr. Anita Augspurg begrüßte hierauf mit warmen Worten

die erste weibliche Landtagsabgeordnete in Böhmen,

Frau Viková-Kunetická. Sie betonte dabei, daß die über Frau Viková ausgestreuten Preßgerüchte durchaus unwahr seien. Die Abgeordnete für Eesky Brod sei durchaus keine Feindin des Deutschtums.

Frau Viková-Kunetická, eine sympathische Erscheinung mit ausdrucksvollen, energischen Gesichtszügen, ergriff dann selber das Wort und hielt in ziemlich fließendem Deutsch eine Ansprache, in der sie sich als treffliche Volksrednerin offenbarte. Sie sagte unter anderem: Ich bin stolz darauf, zum Kongreß ein Frauenmandat als kostbares Geschenk meines geliebten Volkes bringen zu können, welches auf diese Weise dartut, daß in seiner Mitte kein Unterschied zwischen Mann und Weib in der sozialen Entwicklung besteht. Ein dreißigjähriges Joch, unter welchem das böhmische Volk für seine Freiheit kämpft, hat es gelehrt, jede Freiheit zu achten, und namentlich die Frauen zu ehren, die auf dem schweren Weg seiner schmerzlichen Unselbständigkeit ihm feste, reine Charaktere erzogen haben, starke, unnachgiebige Seelen, ehrliche, abgehärtete Streiter. Die Frau stand dem Manne zur Seite in den Unglücksfällen, die uns vor ganz Europa germanisiert haben, und sie steht ihm heute zur Seite, da die Frage des böhmischen Volkes in eins verwachsen ist mit dem Begriffe der menschlichen Frage, und in diesem Sinne in allen kulturellen, sozialen und politischen Beziehungen gelöst werden muß. Die Rednerin betonte, daß ihre Wahl kein eigentlich feministischer Erfolg, sondern ein Protest der böhmischen Wahlgeschaft gegen die von der österreichischen Regierung geplante Aufhebung des seit 1861 bestehenden aktiven und passiven Wahlrechtes der Frauen sei, das gerade im letzten Jahrzehnt eine so hohe Bedeutung für die Frauen gewonnen habe. Es sei eine spontane Warnung an die österreichische Regierung, bei der Wahlreform nicht die alten verbrieften Rechte der böhmischen Frau anzutasten. Der böhmische Statthalter weigere sich, das Mandat der Frau Viková anzuerkennen, so daß sich der böhmische Landtag damit beschäftigen werde. Nur wenn die deutschen es mit den böhmischen Abgeordneten verteidigen, werde es gelingen, das Frauenmandat gegen die Stimmen der Großgrundbesitzer aufrecht zu erhalten. Das Wahlrecht der Frauen ist nicht mehr eine Frage von Jahrzehnten, sondern eine Frage des nächsten Morgens, und sie wird gewiß mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht gelöst werden, das vor den Toren der gesetzgebenden Körperschaften steht und an ihre alten verschlossenen Pforten pocht.

Die für heute morgen geplante Wagenfahrt der Frauenstimmrechtlerinnen gestaltete sich zu einer imposanten Demonstration für das Frauenstimmrecht. Vom „großen Wirt" in Schwabing ging die Fahrt in achtzehn blumengeschmückten mit Stimmrechtsplakaten dekorierten Landauern aus, bewegte sich in einer

Rundfahrt durch die Straßen Münchens

und endete schließlich beim Chinesischen Turm im Englischen Garten. Die Fahrt vollzog sich ohne jede Störung, die Münchener Polizei hatte sich so freundlich zu dem Unternehmen gestellt, daß Fräulein Dr. Augspurg bei dem nachfolgenden Frühstück ihren Dank in einem Hoch auf die Polizei Ausdruck gab. Die Münchener Bevölkerung, die in ihrer angenehm zurückhaltenden Art jeden tun und treiben läßt, was er will, erhob keinen Protest. Man begegnete vielen neugierigen Blicken, ja manch alter „Bierphilister" erstarrte wie Lots Frau fast zur Salzsäule. Die meisten Männer lächelten teils spöttisch, teils belustigt, einige auch freundlich. Einige alte Herren, unter ihnen ein bayerischer Reichsrat, und eine Gruppe Studenten begrüßten den Zug mit höflicher Anerkennung. Eine Anzahl Jungen riefen „Hurra!", einige Arbeiter „Heil!" Dazwischen gab es auch einige spöttische Zurufe, wie: „Das sind solche, die keinen Mann gekriegt haben!" In manchem Frauenantlitz sah man ein stilles Leuchten aufgehen, und als an einer Wegkreuzung gehalten werden mußte, trat eine Frau des Arbeiterstandes an unseren Wagen heran und sagte: „Wie schön ist es, daß die reichen Damen jetzt auch für uns arbeiten wollen!", worauf ihr erwidert wurde, daß die Frauenstimmrechtlerinnen alles arbeitende Frauen seien, die eben für ihre weniger gut gestellten Schwestern eintreten wollten.

Bei dem Abschlußfrühstück im Chinesischen Turm, das echt bayerische Genüsse, wie Radi, Weißwürste und Kraut, aufwies, und bei dem eine sehr fröhliche Stimmung herrschte, erklärte Frau Nägeli die Stimmrechtsfarben mit folgenden hübschen Versen:

Das Frauenstimmrecht hat der Farben drei,
Um klar zu zeigen, wie die Meinung sei;
Der Purpur zeigt das edle Streben an,
Nach Freiheit strebt die Frau sowie der Mann.
Die Reinheit dieser Sache zeigt das Weiß,
Das Grün die Hoffnung, daß das junge Reis,
Das es jetzt pflanzt, zum mächt'gen Baume werde,
Der edle Früchte trage für die ganze Erde.

Die letzte Sitzung des Kongresses fand heute nachmittag 3 Uhr in den Prinzensälen des Café Luitpold statt. Fräulein Dr. Augspurg eröffnete die Sitzung und stellte zuerst folgende Petition zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde. „Der Frauenstimmrechtskongreß deutscher Frauen München 1912 richtet an die deutschen Abgeordneten zum Landtag des Königreichs Böhmen das dringende Ersuchen, bei der Entscheidung über die Wahl der Abgeordneten für Jung-Bunzlau Frau Viková-Kuneticka sich für die Gültigkeit ihres Mandates zu erklären, die dem Gesetz des Landes gemäß vollzogen ist und der Gerechtigkeit gegen die Frau entspricht." Sodann erteilte sie Frau Adele Schreiber-Krieger das Wort zu ihrem Vortrag:

Kinderelend und Frauenstimmrecht.

Die Rednerin verglich in ihrem Vortrag den Staat mit einem großen Gebäude, das morsch und bröckelig geworden und neu errichtet werden muß, bei dessen Bau die weiblichen Baumeister aber nicht fehlen dürfen. Sie leuchtete hinein in die einzelnen Abteilungen dieses alten Gebäudes, wo sich neben Luxuswohnungen die leeren Portalskammern der Armut, die überfüllten Behausungen mit all ihrem Elend finden. Sie sprach von den wenigen sonnigen Kinderstuben, und den zahllosen düsteren Kammern, aus denen das Weinen hungriger Kinder, das Stöhnen Mißhandelter, das Röcheln Sterbender und ein ununterbrochenes Läuten der Sterbeglocke tönt. Sie verwies auf die ungeheure Verschwendung an Menschenleben, die unverständliche Tatsache, daß heute noch Männer ohne Hinzuziehung der Frauen Bevölkerungspolitik und Kassenhygiene treiben, daß in der Frage des Schutzes von Mutter und Kind, der Fürsorge für die Arbeiterinnen und Säuglinge die Frau fast gar nicht gehört wird. Wenigstens nicht an den Stellen, wo die Gesetze gemacht, das Wohl des Volkes beraten und entschieden wird. Gerade um des Kindes, um der Jugend willen braucht die Frau die politische Gleichberechtigung. Sie muß mitwirken dürfen bei der Schaffung von Gesetzen, die auch Kinderstarrleid und dem unehelichen Mutternahrung und Mutterliebe sichern, bei der Einführung gesetzlicher Maßnahmen, die eine Vereinigung von Mutterschaft und Beruf ermöglichen (Stillstuben, Stillkrippen, Horte, Schulspeisungen). Der Kampf gegen Kinderarbeit, Kindermißhandlung, Verwahrlosung, jugendliches Verbrechertum wird auf politischem Wege entschieden. Nur durch Beteiligung an diesen kann die Frau zur Herbeiführung besserer Zustände helfen, ihre Kräfte wirklich verwerten. Die Frauenstimmrechtsbewegung ist somit in erster Linie eine mütterliche Bewegung und in ihrer Solidarität als Mütter werden Frauen aller Kreise und Richtungen, wie dies schon das Beispiel derjenigen Staaten zeigt, in denen die Frauen politisch mündig sind, in allen Fragen sozialer Fürsorge zusammengehen, einen raschen Fortschritt herbeiführen. (Langanhaltender starker Beifall.)